

Haushaltsrede 2018 PWG (es gilt das gesprochene Wort)

Die Probleme des städtischen Haushalts sind stets dieselben, ohne dass es zu einer politischen Kehrtwende kommt, die entweder nicht möglich ist oder nicht gewünscht wird. Vom Kämmerer wird alljährlich eine zu geringe Zuführung an den Vermögenshaushalt beklagt, verbunden mit hohen Investitionen, was eine Neuverschuldung zum Haushaltsabgleich erfordert. Die Haushaltssituation wird auch von außerhalb nicht allzu rosig beurteilt und die Stadt wurde von der Rechtsaufsichtsbehörde aufgefordert, die Kreditaufnahme möglichst gering zu halten und auch der kommunale Prüfungsverband sieht die Finanzspanne der Stadt als nur noch gering an, verbunden mit der Aufforderung, auch das Ausgabevolumen des Verwaltungshaushaltes zurückzufahren. Diese Bewertungen, verbunden mit anstehenden großen Projekten, lässt eine schwierige, finanzielle Zukunft erwarten, der keinesfalls nur mit weiteren Schulden begegnet werden kann. Auch wenn die Pro/Kopf-Verschuldung unter dem Landesdurchschnitt liegt, kann uns dies nicht wirklich beruhigen.

Derzeit erscheint uns beim städt. Haushalt keine strategische Problemlösung in Sicht, vielmehr wird die Situation zunächst vielleicht dramatischer geschildert als sie ist und sich alljährlich der Hoffnung hingegen, dass alles letztlich doch besser läuft als zunächst befürchtet und somit das Altbewährte fortgesetzt werden kann. Dieser Weg ist gangbar, solange der wirtschaftliche Aufschwung anhält, allerdings ist dies keine erfolgsversprechende, zukunftsorientierte Strategie, um vor allem den Verwaltungshaushalt zu verbessern und gleichzeitig große Projekte, die notwendig für den Fortschritt Nördlingen's sind, zu schultern.

Diese Herangehensweise spiegelt sich auch in unseren Beratungen wider, bei denen wir zunächst unbedingt Notwendiges und auch teilweise Wünschenswertes beschlossen haben und dann wie üblich über Neuverschuldung zum Haushaltsabgleich gekommen sind. Grundsätzlich wäre es nach unserer Meinung eher erfolgsversprechend, zunächst die finanziellen Eckpunkte festzulegen und dann Einzelentscheidungen im festgelegten Rahmen zu treffen. Auch die Aussage des Kämmerers, dass sich die nächsten Jahre schwierig gestalten werden mit hohen Neuverschuldungen, stimmt uns nicht optimistisch und ist nur mit der Hoffnung auf weiter stark sprudelnde Steuereinnahmen vertretbar, die jedoch keinesfalls garantiert sind. Auch die nächsten Wahlen werden die Antragsphantasien aller Parteien und Gruppierungen mit weiteren Kosten nicht mindern. Somit ist festzustellen, dass die kommenden Haushalte wie üblich nicht vollständig abgearbeitet werden und verbunden mit der Hoffnung auf weiteres Wachstum somit auch darstellbar sind, jedoch maßgeblicher Schuldenabbau leider nicht gelingen wird.

Im Verwaltungshaushalt will ich mich auf einige Kernpunkte beschränken. Die städt. Zuschussleistungen nach dem BayKiBiG und die Betriebskosten bzw. die Zuschüsse für städt. und kirchl. KiTas betragen 2,8 Mio und stellen dar, was die Stadt hier im Betreuungsbereich für Familien leistet. Hier müssten die staatl. Zuschussleistungen deutlich höher sein, sind die Kosten doch in nachhaltiger gesellschaftlicher Veränderungen begründet.

Besorgniserregend erscheinen uns die ständig steigenden Personalkosten, wobei einerseits gerade die Kinderbetreuung ständig gesellschaftskonform ausgeweitet werden musste, andererseits vieles in verschiedenen Bereichen ausgelagert wurde, sodass nicht mehr alle Leistungen in den Personalkosten erscheinen. Im Hinblick auf weitere Notwendigkeiten und Ansprüche erscheint uns, wenn eine Veränderung ernsthaft angestrebt wird, eine Überprüfung der Verwaltungsabläufe durch ein unabhängiges Institut unabdingbar.

Die Gewerbesteuer ist auch nach heurigem Ansatz die Lebensader der Stadt Nördlingen und ermöglicht überhaupt nur die großen Investitionen der Stadt; es bleibt im Interesse aller zu hoffen, dass die prosperierende Konjunktur möglichst lange anhält. Im Hinblick auf die im letzten Jahr vorgenommen Erhöhung der Gewerbesteuer und die aktuelle Finanzsituation bedauern wir von der PWG es sehr, dass unsere vorjährige Anregung, die Mehreinnahmen als „Investitionsrücklage“ z.B. für ein Hallenbad zurückzulegen nicht einmal diskutiert wurde, vielmehr die Mehreinnahmen eines blühenden Haushaltjahres vollständig verfrühstückt wurden bzw. heuer aufgebraucht werden. Gerade im Hinblick auf ein Hallenbad, das renoviert oder neu gebaut für Nördlingen zur Aufwertung des touristischen Angebots im Winter dringend

erforderlich ist und auch von unserer Bevölkerung mehr als erwartet wird, werden grundlegende, finanzielle Überlegungen geboten sein, da die Hoffnung auf ein Förderprogramm vor der Landtagswahl unsere Probleme nicht lösen wird. Alle Parteien und Gruppierungen des Stadtrates wissen, dass noch in dieser Wahlperiode Entscheidungen in Sachen Hallenbad erforderlich sind. Jedoch macht es keinen Sinn, wenn sich die Fraktionen nun mit Anträgen und schönen Vorschlägen überbieten und sich zu profilieren versuchen. Aufgabe muss es jetzt sein, belastbare Fakten und Kostenberechnungen erstellen zu lassen und dann eine Entscheidung zu treffen, die allen möglichen Nutzern künftig eine angemessene und solide Möglichkeit einer Badnutzung auch im Winter ermöglicht. Hierbei darf der touristische Aspekt nicht fehlen, jedoch müssen neben allen Institutionen, Vereine und Schulen auch unsere Bürger und Familien ausreichend die Möglichkeit haben, ohne Konflikte mit anderen Nutzern in einem Hallenbad ihre Freizeit zu verbringen und Erholung zu suchen. Dies ist eine notwendige Investition, aber auch große Herausforderung in finanzieller Hinsicht.

Die Hoffnung auf einen weiter erhöhten Beitrag des Landkreises und sei es nur bei dem jährlichen Defizit des Bades erscheint uns nicht zu bestehen, sowohl aus rechtlichen Gründen als auch aus strukturellen und politischen Gründen. Auch würden entsprechende Maßnahmen – dann für den gesamten Landkreis - Auswirkung auf die Kreisumlage haben. Schon jetzt wird trotz Senkung der Kreisumlage bei Städten und Gemeinden viel über die Kreisumlage geklagt, wobei dies nicht immer objektiv ist, nachdem insbesondere die großen Städte auch am meisten von der Kreisumlage z.B. beim Schulbau profilieren. Erwähnt werden muss objektiverweise auch die Bezirksumlage und vor allem die immensen sozialen Leistungen, die der Landkreis mit über 10 Mio erbringt und die auch hier im Haus noch nie Erwähnung gefunden haben.

Bei den Investitionen möchte ich mich auf wenige Schwerpunkte beschränken.

Die Parksituation verschlechtert sich nach unserer Auffassung rasant und muss zeitnah verbessert werden, wobei heuer über ein Parkhaus ja geplant und wohl auch entschieden werden soll. Auch hier muss die Finanzierung allerdings durch gesonderte Einnahmen realisiert werden, eine Finanzierung aus dem derzeitigen Verwaltungshaushalt oder über Verschuldung ist nicht denkbar. Die offenkundige Lösung, über die erneut diskutiert werden muss, ist die Einführung von Parkgebühren in der Innenstadt, die auch Investitionen von Privaten in innerstädtische Parkhäuser ermöglichen würde. Als Standort für ein Parkhaus vor den Toren präferiere ich den Bereich Kaiserwiese am Bahngleis, die stadtnah ist und keinerlei optische Beeinträchtigung – wie z.B. am Löpsinger Tor – mit sich bringt. Insgesamt hat das Thema Parken in der Innenstadt weit mehr Brisanz, als es von Teilen des Stadtrates wahrgenommen wird. Ein Parkhaus am Döderlein-Parkplatz würde zwar zur Problemlösung beitragen, ist jedoch auf Grund des hohen Quadratmeterpreises betriebswirtschaftlich absolut unverträglich; hier müssen andere Standorte gefunden werden.

Das nächste Schwerpunktthema für die nahe Zukunft ist der Schulbau an der Mittelschule und der Grundschule Mitte, wobei auch hier die Notwendigkeiten durch gesellschaftliche Veränderungen hervorgerufen werden. Die Bildung ist die einzige echte Ressource unseres Landes; für unsere Zukunft muss die Ausbildung unserer Kinder auf sehr gutem Niveau absolut im Vordergrund stehen. Auch für Nördlingen muss den Veränderungen in der Schullandschaft Rechnung getragen werden und entsprechende Investitionen getätigt werden. Der Anbau an der Mittelschule ist nach wie vor dringend, die mögliche Verzögerung, die entstehen könnte, ist Schülern, Eltern und Lehrern eigentlich schon nicht mehr zumutbar, weitere Verzögerungen müssen vermieden werden. Auch eine Verbesserung der Schulsituation an der Grundschule Mitte muss schnellstens umgesetzt werden, um zeitgemäße Betreuungen und optimalen Unterricht gewährleisten zu können. Die Diskussionen um den Baukörper sind zwar spät aufgeflammt, aber durchaus auch nachvollziehbar, obwohl die Denkmalbehörde vor dem nunmehr ausgeübten politischen Druck Einverständnis signalisiert hat. Die PWG sieht die dringend notwendige Verbesserung der Schulsituation und das Wohl der Kinder als absolut vorrangig an, bauliche Verbesserungen, sofern im Zeit- und Kostenrahmen und nicht6 förderschädlich, würden von uns mitgetragen. Deutlich muss jedoch der Gedanken eine Absage erteilt werden, eine komplett neue Grundschule zu errichten und das Gebäude der Hans-Schäufelin-Schule der Mittelschule zuzuschlagen; dies ist weder vollständig förderfähig, noch zeitnah

umsetzbar, noch finanzierbar, noch mit dem Raumbedarf der Mittelschule vereinbar und nach Sanierung der Außenstelle Baldingen widersinnig. Weder über Örtlichkeit einer solchen zentralen Einrichtung, noch über die Finanzierbarkeit als teuerste Alternative, besteht irgendein Plan. Bei der Schillerschule sind ebenfalls Erweiterungsmaßnahmen nötig, jedoch muss hier im Hinblick auf die künftigen bauliche Entwicklung unserer Stadt weiter in die Zukunft gedacht und geplant werden.

Unter dem Stichwort „bauliche Entwicklung“ ist festzustellen, dass nach unserer Auffassung seitens der Verwaltung die Vorgaben des ISEK und des Flächennutzungsplanes zielstrebig fortentwickelt werden, die Baugebiete „Gartenstadt und Herkheimer Viertel II“ werden Bedarfe abdecken, jedoch sollten wir über Preisentwicklungen beim Bürger keine Illusionen wecken. Auch die Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte ist an strenge Kriterien gebunden und wird Bauwilligen nur in Ausnahmefällen helfen können. Mit allgemein gehaltenen Anträgen werden hier Illusionen geweckt ohne Lösungen anzubieten. Insgesamt muss festgestellt werden, dass sachgerechte Entscheidungen wie z.B. MRT, Baulandentwicklung und Stopp der Beitragsbescheide vom Gesamtstadtrat getragen und entschieden wurden, die pressemäßige Vereinnahmung durch eine Partei ist weder seriös noch kollegial. Man muss unterschiedliche Auffassungen andiskutieren, jedoch einstimmige Entscheidungen auch als gemeinsame Entscheidungen im Positiven und im Negativen gemeinsam tragen und verantworten.

In der heutigen Sitzung stimmen wir auch über den Wirtschaftsplan unserer Stadtwerke ab, der 2018 ein beachtliches Volumen von 14 Mio. EUR beinhaltet, das auch unseren heimischen Handwerksbetrieben zu Gute kommt. Ein Blick in die Gewinn- und Verlustrechnung zeigt, dass die Stadtwerke hervorragend aufgestellt sind. Derer Wirtschaftsplan 2018 knüpft nahtlos an das gute Ergebnis des Jahres 2017 an und weist einen prognostizierten Überschuss mit 800.000 EUR aus.

Hervorheben ist eine der wesentlichen Zukunftsaufgaben der Stadtwerke, nämlich die Sicherstellung eines ausreichenden Wasserdargebotes für die Zukunft. Wie uns das vergangene Jahr zeigt, wo nur knapp die Hälfte des städtischen Trinkwasserbedarfes aus eigenen Quellen abgedeckt werden konnte, macht der Klimawandel auch vor unserer Region nicht halt. Diese Feststellung gilt gleichermaßen für die Bayerische Ries-wasserversorgung, die ebenfalls an ihre Grenzen stößt. Aus diesem Grund werden die Bestrebungen der Werkleitung, ein zusätzliches Wasserdargebot zu erschließen, von unserer Fraktion nachhaltig begrüßt.

Der Haushalt zeigt die Problemstellungen der Stadt und die Vielzahl von künftigen Aufgaben. Er ist jedoch trotz Neuverschuldung verantwortbar, ebenso wie keine überflüssigen Luxusprojekte ausgewiesen werden, weswegen die PWG vorbehaltlos zustimmt.

Üblicher Dank an OB, Verwaltung und Bürger!